

Bern, 29. April 2014

An ausgewählte Medien
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 18. Mai 2014 beschlossen:

Ja zum Bundesbeschluss über die medizinische Grundversorgung:

Gemäss diesem Beschluss soll die Hausarztmedizin im Rahmen eines neuen Verfassungsartikels zur medizinischen Grundversorgung spezifisch gefördert werden. Da man mittelfristig mit einem Mangel an Fachpersonen rechnen muss und sich zugleich der Altersdurchschnitt in der Gesellschaft stetig erhöht, kann die heutige flächendeckend hohe Qualität im Gesundheitswesen nicht mehr ohne weiteres garantiert werden. Die Zusammenarbeit zwischen Hausärzten und Spezialisten sowie neue organisatorische Formen der Dienstleistungsangebote (Gemeinschaftspraxen und Gesundheitszentren) verbessern auch die Behandlung der Patienten. Zudem erhöht die angemessene Abgeltung der Leistungen sämtlicher Hausärzte die Attraktivität für den Berufseinstieg. Für die Schweizer Demokraten (SD) hat vor allem die ganzheitliche Förderung der Aus- und Weiterbildung aller Gesundheitsfachpersonen Priorität. Dies wäre mitunter eine Grundlage zur Schaffung entsprechender Arbeitsstellen, sodass die steigende Nachfrage möglichst mit hiesigen Fachleuten gedeckt werden kann. Die Beschaffung von ausländischem Personal ist auf diese Weise zu beschränken. Die SD haben einstimmig die Ja-Parole beschlossen.

Ja zur Volksinitiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“:

Die Initiative verlangt, dass bereits verurteilte Sexualstraftäter endgültig das Recht verlieren, mit Kindern oder sogenannten abhängigen Personen zu arbeiten. Dieses lebenslängliche Verbot bezieht sich sowohl auf berufliche als auch auf ehrenamtliche Tätigkeiten. In gewisser Regelmässigkeit treten Vorfälle im Zusammenhang mit sexuellen Übergriffen an Minderjährigen oder geistig behinderten Personen auf. Oftmals sind dabei die Täter bereits vorbestraft, sodass zum Zeitpunkt einer Folgetat eine pädophile Neigung bekannt war. Es handelt sich häufig um Menschen, welche in ihrem Berufsleben täglich mit zum Widerstand unfähigen Leuten arbeiten. Die Volksinitiative umfasst jedoch auch ehrenamtliches Engagement. Hierbei können etwa sämtliche Aufgaben im Bereich „Jugend und Sport“ erwähnt werden. Potentielle Täter suchen nicht selten auf diese Weise den Kontakt mit ihren späteren Opfern. Die Schweizer Demokraten (SD) bevorzugen diese Vorlage gegenüber der aktuellen Gesetzesrevision, zumal ein zehnjähriges Arbeitsverbot einzelne Rechtsurteile (Mindeststrafe von sechs Monaten) ausschliesst. Der Vollzug, geregelt auf Gesetzesstufe, garantiert, dass Jugendlieben nicht von der neuen Regelung betroffen wären. Letztlich ist hingegen Pädophilie als psychisches Gebrechen nicht heilbar. Die SD haben zur Vorlage die Ja-Parole beschlossen.

Ja zur Volksinitiative „Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)“:

Die Initiative verlangt, dass für jeden Arbeitnehmer eine zwingende Lohnuntergrenze von Fr. 22.00 pro Stunde oder Fr. 4'000.00 pro Monat eingeführt wird. Der Text sieht jedoch die Möglichkeit von Ausnahmeregelungen vor, was vor allem Branchen mit vielen ungelerten Arbeitskräften betrifft. Weder Arbeitgeberorganisationen noch Gewerkschaften sind an einem Attraktivitätsverlust des schweizerischen dualen Bildungssystems interessiert, ansonsten ein Grundschulabsolvent für den Erhalt des Mindestlohnes keine Berufslehre mehr abschliessen müsste. Für die Schweizer Demokraten (SD) stellen die geforderten Massnahmen einen wichtigen Ansatz zur Armutsbekämpfung dar. Wenn eine erwerbstätige Person ihren Lebensunterhalt teilweise mit Sozialhilfegeldern sichern muss, so ist es die Aufgabe des Staates, entsprechende gesetzliche Regulierungen zu bestimmen. Der steigende unternehmerische Personalaufwand fällt bei Grossunternehmungen kaum ins Gewicht, zumal für etliche Manager exorbitante Saläre in Millionenhöhe ausbezahlt werden. Dagegen sind kleine und mittelgrosse Betriebe beispielsweise mit tieferen Mehrwertsteuersätzen oder gezielten Subventionen zu entlasten. Mindestlöhne führen nicht zu mehr Einwanderung aus dem Ausland. Vielmehr öffnet sich gerade in Tieflohnbranchen der Arbeitsmarkt für potentielle Schweizer Berufsleute, welche nur einen angepassten höheren Lohn akzeptieren würden. Der Arbeitgeber profitiert seinerseits auch vom Know-how. Statt drei (angelernten) ausländischen Angestellten hätte ein Betrieb beispielsweise einen bis zwei (gelernte) Schweizer Mitarbeiter. Auf diese Weise kann die Zuwanderung beschränkt und das Bevölkerungswachstum gedrosselt werden. Die SD haben zur Vorlage die Ja-Parole beschlossen.

Ja zum Bundesgesetz über den Fonds zur Beschaffung des Kampfflugzeugs Gripen:

Im Rahmen des vorliegenden Gesetzes will man einen spezifischen Fonds, welcher aus dem ordentlichen Rüstungsaufwand gespeist wird, für die Beschaffung von 22 Kampfflugzeugen des Typs Gripen E einrichten. Mithilfe des Fonds lassen sich die Gesamtkosten von 3,1 Mia. Franken auf 11 Jahre verteilen. Die neuen Flugzeuge dienen der Überwachung des Luftraums, wobei dieser im Konfliktfall auch geschützt und verteidigt werden muss. Eine Ergänzung mit dem Gripen ist notwendig, zumal die 54 F-5 Tiger die Leistungsanforderungen nicht mehr erfüllen und in zwei Jahren zu ersetzen sind. Gegenüber dem Rafale und dem Eurofighter entpuppte sich der Gripen zu Recht als bestes Produkt. Er ist miliztauglich, kann vielseitig, beispielsweise als Drohne, eingesetzt werden und stammt aus Schweden. Die Zusammenarbeit mit einem neutralen und blockunabhängigen Herstellerland hat eine grosse politische sowie strategische Bedeutung. Im Gegenzug erhalten Schweizer Unternehmungen Aufträge in der Höhe von 2,5 Mia. Franken. Somit profitiert der hiesige Wirtschaftsstandort von der Beschaffung. Für die Schweizer Demokraten (SD) ist dieser Kauf hauptsächlich auch eine Stärkung der Armee. Die höchste Priorität kommt dabei der Luftwaffe zu. Diese kann mit der Glaubwürdigkeit einer Armee und letztlich mit der Unabhängigkeit und Stabilität eines Landes gleichgesetzt werden. Nur eine Aufrüstung mit zeitgemässer Technologie garantiert eine nachhaltige Sicherung des Luftschirms. Vor allem der bewaffnete Konflikt in der Ukraine zeigt auf, dass eine Landesverteidigung nicht lediglich symbolischen Charakter hat. Deshalb haben die SD zur Vorlage einstimmig die Ja-Parole beschlossen.